

Bezugspreis: Vierteljahr 20.- M., monatlich 10.- M., ...

Vormärz

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtseitigen Anzeigenblätter ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Montag, den 25. April 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Keine Veröffentlichung!

Alle politisch denkenden Menschen Deutschlands und ganz Europas erwarten mit ungeheurer Spannung die neuen Vorschläge zur Reparationsfrage, die die deutsche Regierung dem Präsidenten Harding unterbreiten will.

Seht aber heißt es, auf Wunsch Amerikas solle die Veröffentlichung unterbleiben, da man es dort vorziehe, die deutschen Vorschläge der Entente vertraulich zu unterbreiten.

Inzwischen kommt es, wie es kommen muß. Die Presse ist voll Andeutungen über den Inhalt der geheim gehaltenen Note. Es wird gesagt, daß er über den letzten deutschen Vorschlag von London weit hinausgehe und sich den Pariser Beschlüssen in seinem finanziellen Endergebnis beträchtlich nähere.

Bestimmteres werden wir voraussichtlich sehr bald aus der New Yorker oder aus der Pariser Presse erfahren, da die Erfahrung lehrt, daß die Geheimhaltung derartiger Beschlüsse noch immer mißlungen ist.

Während nun diese Aktion eingeleitet worden ist, hat die angeführte Besprechung zwischen Lloyd George und Briand stattgefunden. Die Berichte über ihr Ergebnis berechtigen zu der Hoffnung, daß der Weg zu neuen Verhandlungen durch übereilte Gewaltmaßregeln nicht verbaut werden wird.

Im Reichstag wird heute Dr. Simons nicht das Wort ergreifen, sondern es werden zunächst die unabhängige und deutschnationale Interpellation, die erste von Dismann, begründet werden.

Das ist der augenblickliche Stand der Dinge. Hinzuzufügen ist allenfalls noch, daß man sich in verfassungkundigen Kreisen den Kopf über den Art. 35 der Reichsverfassung zerbricht, der besagt:

Der Reichstag bestellt einen ständigen Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, der auch außerhalb der Tagung des Reichstags und nach der Beendigung der Wahlperiode oder der Auflösung des Reichstags bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags tätig werden kann.

Da dieser Ausschuss seit der Ankündigung des neuen Angebots durch Dr. Simons in dem ganzen Lauf der verwickeltesten Angelegenheit, bei der es sich um das Schicksal des ganzen deutschen Volkes handelt, noch nicht ein einziges Mal bemüht worden ist, ist der Sinn dieser Verfassungsbestimmung dunkel geworden.

Ankunft der Note in Washington.

Paris, 25. April. (E.E.) Eine Aabeldepeche des New York Herald meldet das Eintreffen der neuen deutschen Vorschläge in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag.

Tirols Anschlußwille.

Innsbruck, 24. April. (W.T.B.) Bei der Volksabstimmung haben von etwa 150 000 Stimmberechtigten ungefähr 90 Proz. ihre Stimme abgegeben.

Einzelergebnisse:

Innsbruck (Stadt) 33 954 Stimmen mit ja, 472 Stimmen mit nein. 134 Stimmen ungültig. Davon von auswärtig Zugerechneten 2144 Stimmen, von denen 2139 mit ja, fünf mit nein stimmten.

Jansbrud, 25. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Abstimmungstag war ein Freudentag. Die Städte, die Bahnhöfe, die Lokomotiven, die Straßenbahn, die Menschen waren mit den Tiroler Farben, Lanneneis und Blumen geschmückt.

In Bozen überfielen heute bewaffnete italienische Faschisten einen deutschen Trachtenzug. Es gab einen Toten und 43 Verwundete. Beim Bekanntwerden dieses blutigen Zwischenfalles in Innsbruck fanden am Abend vor dem italienischen Konsulat Demonstrationen statt, die jedoch ohne Ausschreitungen verließen.

In diesen trübsten Tagen der Geschichte des deutschen Volkes gibt es wohl nichts Erhebenderes als diesen neuen spontanen Beweis der unwandelbaren Treue der Deutschtiroler zum großen Deutschen Reich.

Grundlagen für Verhandlungen bilden können. Er ist geneigt, die Weiterleitung vorzunehmen, wenn die Vorschläge der deutschen Verantwortlichkeit entsprechen. Die äußerste Grenze, bis zu der die amerikanische Regierung bereit ist, besteht in der Übermittlung der Vorschläge und in einer eventuellen Empfehlung, sie ausser Acht zu lassen.

Washington, 25. April. (E.P.) Hughes ist anlässlich der deutschen Note im steten Kontakt mit den Gesandten der alliierten Mächte. Ebenso wie nach der ersten Note wird auch nach den neuen Vorschlägen die amerikanische Regierung rasch handeln, damit möglicherweise noch vor dem 1. Mai eine Vermittlung stattfinden und eine Befestigung des Ruhegebietes noch abgemeldet werden kann.

Das neue Angebot.

Ueber den Inhalt der Note an die Vereinigten Staaten ist bis zur Stunde offiziell nichts bekanntgegeben worden. Wir geben deshalb einige Andeutungen der II. mit Vorbehalt wieder. II. meldet: Es handelt sich bei den deutschen Vorschlägen um eine Alternative von zwei Möglichkeiten. Der ganze Plan ist in neun Paragraphen gefaßt. Da man im Kabinett der Auffassung war, daß die Volksstimmung in Frankreich und Amerika dies verlangt, enthalten die deutschen Vorschläge u. a. auch ein festes Zahlenangebot, das die deutsche Leistungsfähigkeit im Auge behält, daneben aber auch der Volkspolizei der Gegenseite Rechnung trägt.

Die Stellungnahme der Parteien.

Breslau, 25. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In der Breslauer „Volksmacht“ nimmt der Reichstagspräsident Genosse Löbe für seine Berlin Stellung zu den bevorstehenden Entschlüssen des Reichstages in der Wiederanbahnungsfrage. Er schreibt: „Um die militärische Befestigung weiterer deutscher Gebiete abzuwenden, um Requisitionen und drückende Abgaben zu verhindern, um die Gefahr einer Zerstückelung des Reichs, die man neuerdings beschlossen, zu beseitigen, wird sich sogar auch eine rein bürgerliche Regierung bereit erklären, fast gegen die eigene Ueberzeugung, Verpflichtungen zu unterschreiben, die wir alle noch vor wenigen Tagen für unerfüllbar hielten. Es bleibt uns kaum

zum großen Deutschen Reich. Das kleine Tiroler Volk, das seit jeher stolz auf seine Unabhängigkeit gegenüber fremden Herrschern gewesen ist, hat eine mühsige Tat vollbracht, indem es sich, trotz aller Drohungen Frankreichs, nicht hat nehmen lassen wollen, seinen Anschlußwille zu bekunden.

Das Abstimmungsergebnis wird in der ganzen Welt einen nachhaltigen Widerhall erwecken. Und das ist es gerade, was die Pariser Diplomaten fürchteten und verhindern wollten.

Es ist ein überwältigender Sieg des Ideals des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und eine schmachliche Niederlage jener rücksichtlichen Kräfte, die von Paris aus die Welt mit den Methoden der Gewalt ewig regieren zu können wähnen. Uns Deutschen im Reich legt der Artikel 80 des Versailles Friedensvertrages die Verpflichtung auf, die Unabhängigkeit Österreichs in den durch den Vertrag von St. Germain festgesetzten Grenzen anzuerkennen und diese Unabhängigkeit unbedingt zu achten.

Der Artikel 80 kann uns jedoch nicht verbieten, das gestrige Abstimmungsergebnis mit aufrichtiger Freude zu begrüßen, als ein Zeichen dafür, daß es dem siegreichen Ententemilitarismus und -imperialismus nicht gelungen ist, den Idealismus gänzlich aus der Welt zu schaffen. Einst wird der Tag kommen, an dem die Idee über die Macht doch noch siegen wird, und diesen Tag nähergerückt zu haben, das ist das unvergängliche Verdienst des tapferen kleinen Tiroler Volkes.

Landtagswahl in Niederösterreich.

Wien, 25. April. (W.T.B.) Bei den gestrigen Wahlen zum niederösterreichischen Landtag wurden 32 Christlich-Soziale, 22 Sozialdemokraten und 6 Großdeutsche gewählt.

eine andere Wahl als die sogenannten Pariser Beschlüsse über die Zahlung von 226 Milliarden Goldmark vollkommen anzuerkennen oder die Auslieferung größerer deutscher Länderstrecken an fremde Militärmächte im Westen und im Osten zu dulden. Daran wird etwas, aber nicht allzu viel geändert, wenn die Zahlung auf 60 oder 65 Jahre statt auf 30 oder 42 Jahre verteilt wird, und wenn ein Teil der Schuld anstatt in Gold in Wiederaufbauarbeiten geleistet wird. Es bleibt trotzdem eine nahezu unerfüllbare Aufgabe. Ein so weittragender Entschluß kann von einer Regierung nur dann gefaßt werden, wenn sie wirklich die Ueberzeugung hat, daß auch die riesengroße Mehrheit des ganzen Volkes in ihm den einzigen Ausweg aus einer furchtbaren Lage erblickt. Das Kabinett rechnet auf diese Einsicht bei den Sozialdemokraten und stellt als sicher in seine Rechnung, daß wir die Unterschrift unter einen solchen Vertrag neuen gewalttätigen Verwicklungen vorziehen würden, daß die Zustimmung von 108 Sozialdemokraten sogar den Verzicht einiger unnochgebiger Volksparteier rechtmachen könnte. Ich bin der Ansicht, daß die deutsche Sozialdemokratie ihre Zustimmung zu so weitgehenden Verpflichtungen nur dann geben kann, wenn die Ueberzeugung dieser Notwendigkeit über den Rahmen der eigenen Partei, auch über die jetzige Koalitionsregierung hinaus rechts und links geteilt wird. Die Unabhängige Sozialdemokratie hält die Unterschrift für nötig, aber auch die Deutschnationalen müssen vor die Frage gestellt werden, ob sie lieber die angedrohten Sanktionen in Kauf nehmen als weitere Zugeständnisse zu machen. Die furchtbaren Lasten der Zukunft müssen vom ganzen Volke getragen werden. Es darf kein Julland eintreten, daß eine Partei der anderen, eine Volksgruppe der anderen den Vorwurf macht, sie habe vermeidbare Lasten auf den Rücken des Volkes gelegt, neue Demütigungen auf sich genommen. Die Zulage, über 200 Milliarden Mark zu leisten oder auch nur zu verzinsen, darf und kann sich auf die Hoffnung stützen, die deutschen Arbeiter des Kopfes und der Hand würden schon das Ihrige tun. Aber auch der Besitz und das Kapital müssen hierbei große Opfer, und zwar die ersten und schwersten Opfer bringen. Ist man dazu nicht bereit, dann muß die Zustimmung scheitern. Das deutsche Volk wird dann auch wissen, wenn es die kommende Zeit militärischer und wirtschaftlicher Fremdherrschaft verbittet."

Das Erfurter Sondergericht verurteilte gestern den Bauer Alfred Scheller-Erfurt, in dessen Schrebergarten eine Riste mit Munkton und gefährlichen Sprengstoffen gefunden worden war, zu 1 1/2 Jahren Gefängnis. Ferner verurteilte es den Schichtarbeiter Paul Eiste aus Stöckhausen zu 6 Jahren und den Konditor Bruno Böttcher aus Nordhausen zu 7 Jahren Zuchthaus. Neben wurde der Dynamitanschlag auf die Bahnstrecke Wolftramshausen-Nordhausen zur Last gelegt.

Die Beschlüsse von Hythe.

Paris, 25. April. (WIB.) Verlinax sagt das Ergebnis der Beratungen von Hythe wie folgt zusammen:

1. Lloyd George habe grundsätzlich zugestimmt, daß die Beilegung des Ruhrgebietes ausgeführt werde, wenn die Vorschläge, die Deutschland an Amerika übermitteln habe, zu seinem Einverständnis zwischen dem Reich und den Verbündeten führten.

2. Lloyd George stimmte ferner zu, daß ohne abzuwarten die französischen und englischen wirtschaftlichen Sachverständigen zusammenzutreten, um die wirtschaftlichen Maßnahmen, die von den französischen Sachverständigen ausgearbeitet wurden, zu prüfen.

Verlinax sagt, weder Lloyd George noch seine Mitarbeiter hätten genügend Zeit gehabt, sie zu lesen, sie hätten also noch ihre vollkommene Handlungsfreiheit. Dieser Punkt sei um so wichtiger, als die Engländer sich Frankreich zu einer militärischen Expedition erst anbieten wollten, wenn die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme ihrem Urteil unterbreitet und in praktischer Weise gelöst seien.

Paris, 24. April. (WIB.) Die Konferenz von Hythe ist um 6 Uhr 15 abends zu Ende gegangen.

Es wurde beschlossen, daß der Oberste Rat am kommenden Sonnabend in Paris zusammentreten wird. Sollte Lloyd George durch die Straflage verhindert sein, London zu verlassen, wird die Konferenz in London stattfinden.

Im „Deuore“ wird hervorgehoben, daß die militärischen Maßnahmen nunmehr das äußerste Zwangsmittel geworden seien. Man könne zu ihnen nur greifen, wenn die amerikanische Intervention ohne Erfolg bleibe. Erst müßten die deutschen Vorschläge über den Harting geprüft werden, dann müßte er sie den Alliierten übermitteln, und diese müßten in einer neuen Konferenz einen gemeinsamen Entschluß fassen. All das verschlebe die Politik der „Hand am Halstrogen“ weit über den 1. Mai hinaus.

Das Wiederaufbauprogramm angenommen.

London, 25. April. (WIB.) Wie die „Times“ meldet, wurde mitgeteilt, daß sowohl Lloyd George als auch Briand die deutschen Vorschläge über den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs annehmbar fanden als ein Gewinn, soweit die materiellen Angebote in Betracht kommen. Der Vorschlag der Vergebung deutscher Arbeiter in die zerstörten Gebiete werde als eine zu bedeutende Frage angesehen, als daß man sich darüber in Hythe irgend eine Meinung hätte bilden können.

Opposition gegen neuen Zwang in England.

London, 25. April. „Observer“ meldet, daß Lloyd George ein von Asquith, Lord Robert Cecil und Barnes unterzeichnetes Memorandum überreicht worden ist, in dem er aufgefordert wird, seinen Einfluß nicht in der Richtung der Anwendung neuer Zwangsmassnahmen gegen Deutschland geltend zu machen.

Paris, 25. April. (WIB.) Nach Berichten aus Hythe ist der Protest englischer Politiker gegen etwaige Zwangsmassnahmen, die gegen Deutschland ergriffen werden sollen, nicht nur von Asquith, Lord Robert Cecil und Barnes, sondern auch von Henderson, Cluges und noch einigen anderen bekannten Politikern unterstützt.

Ein Manifest der englischen Arbeiter.

London, 25. April. (EP.) Ein Manifest des englischen Gewerkschaftskongresses sagt, daß die beabsichtigte Beilegung des Ruhrgebietes moralisch wie politisch nur zu verwerfen sei, da sie ein Attentat auf die industrielle Wohlfahrt Englands sei, das das Elend der deutschen Arbeiter vermehre und Deutschlands wirtschaftliche Wiederherstellung verzögere. Die Bergarbeiter des Ruhrgebietes zur Arbeit zu zwingen, sei ebenso unzumutbar wie gefährlich und lasse ein gefährliches Revanchegedühl zurück. Die organisierten Arbeiter der alliierten Länder seien wie die Deutschlands für einen unverzüglichen Wiederaufbau Nordfrankreichs, oder eher nicht nachgewiesen sei, daß Deutschland für das Mißgelingen der diesbezüglichen Verhandlungen verantwortlich sei, dürfe Deutschland nicht beschuldigt werden, daß es in dieser Hinsicht seinen Verpflichtungen nicht nachkommen sei.

Namenkult.

Von Hans Bauer.

Vor kurzem fand in New York ein Sechstagereremee statt, über dessen Verlauf viele Blätter aller Erdteile Redungen brachten, die sehr ins einzelne gingen und großen Raum beanspruchten. Eben kämpften in Havana auf Kubo Dr. Posker und Capablanca die Schachweltmeisterschaft aus. Im Verlaufe dieses Jahres werden Carpentier und Dempsey in Amerika den Kampf um die Boxweltmeisterschaft austragen.

Was ist das Wesen all dieser Meetings? Daß zwei oder mehr Leute für Hochleistungen auf einem ganz speziellen, für die Volksmehrheit gleichgültigen Gebiete hervorragendes leisten, daß sie dafür Millionen Karol erhalten und der Umhüllung und Anteilnahme breiter Publikumsschichten sicher sind. Diese breiten Publikumsschichten haben häufig keine Ahnung von Schachspiel, Radfahrersport, Boxkampf. Sie wissen nicht mehr von Carpentier als von Dempsey, von beiden eben nämlich nur, daß der eine so, der andere so heißt. Und doch „verfolgen“ sie die Kämpfe und ist ihnen wichtig, ob dieser Name, ob jener segt. Nicht der Kampverlauf interessiert sie so sehr. Wer von den vielen Interessierten versteht denn in Wahrheit viel von den Feinheiten eines Spieles zwischen Posker und Capablanca, von den kultivierten Kampftechniken zweier Meisterboxer? Das Resultat ist diesem Publikum das Wichtigste. Die vollzogene Tatsache. Nicht das Kennen, sondern das Ziel. Daß gewonnen, nicht wie gewonnen ward.

Dabei liegen auf dem Gebiete des Sports die Dinge noch weniger schlimm als anderswo. Im Sport gibt es immerhin die eindeutige Tatsache von Sieg und Niederlage. Da kann man nicht ausschreien, Müller sei der beste Schachspieler der Welt, wenn er im vierten Zuge von Posker mattgesetzt wird. Beim Kino, beim Theater, in der Kunst kann man das mehr oder weniger. Dort gibt es nicht die objektive Entscheidung, sondern subjektive Maßstäbe. Und die subjektiven Maßstäbe sind beeinflussbar von der Schreierei der Außenwelt. Stell mir eine Million Karol zur Verfügung und ich rede der Mehrzahl der Kinowelt so lange ein, Fräulein Meyer sei eine Filmdiva, bis diese Kinowelt es schließlich glaubt. Und glaubt sie es, dann geht sie nicht ins Kino, um aus dem Spiel zu erkennen, wie gespielt wird, sondern um von der angepriesenen Person sofort auf ein gutes Spiel zu schließen.

In einem illustrierten Blatte stand vor kurzem eine Bitte an die Einsender von Photographien zu lesen. In dieser Bitte war ausgesprochen, daß die verehrlichen Einsender den berühmten Professor möglichst beim Schmetterlingsfang, die Kinogröße als Mutter ihrer Kinder, den Voger beim Teinachmittag zu erwischen trachten sollten. Das ist bezeichnend für die Gebantenlosigkeit eines Publikums, das

Kritik an Simons' Methoden.

London, 25. April. (WIB.) Reuters Sonderberichterstatter in Hythe drahtet: Lloyd George teilte mit, daß die beiden Premierminister weitere Strafmassnahmen erörtert hätten. Eine Schwierigkeit ist offenbar die gewesen, daß eine neue deutsche Note unterwegs war. Obgleich keine Einwendung dagegen erhoben werden konnte, daß diese an Amerika gesandt werde, sei es bedauerlich, daß eine Kopie nicht auch hierher gesandt worden ist. Die letzte deutsche Note ist in dem, was sie sagt, zweifellos zufriedenstellend, aber sie behandelt nur einen Teil der Gesamfrage und berührt nicht einmal den Rest der Reparationsfrage.

Der Eindruck in Frankreich.

Paris, 25. April. (EE.) Man kann heute eine Entspannung der Lage feststellen. Die Alliierten haben erklärt, daß die letzte deutsche Note wegen des Wiederaufbaues von Nordfrankreich nicht als unbefriedigend anzusehen sei. Auch Briand hat nur Einwendungen in einem Punkt gemacht, nämlich daß ein französischer Direktor Leiter der französischen Wiederaufbaulommission werden soll. Er erklärte ferner, daß Deutschland nur Material und keine Arbeiter stellen solle. Im ganzen weiß Frankreich das von Deutschland vorgeschlagene System nicht juristisch, da dadurch der Wiederaufbau nur gefördert würde. Dann ist wohl auch der Vertrag von Versailles nicht mehr die Magna Charta, die unabänderlich in Geltung wäre. Frankreich würde sich damit genügen, daß das Abkommen von Paris angenommen würde.

Entente und Deutschlands Goldreserven.

Paris, 25. April. (EE.) In Paris verlautete gestern, daß die Note der Reparationskommission wegen der Ueberführung des Goldes der deutschen Reichsbank ins besetzte Gebiet wahrscheinlich dahin lauten werde, daß die Kommission nicht auf der Ueberführung bestehen werde. Deutschland wird aber ein Ausfuhrverbot für Gold auch nach dem 1. Mai auferlegt werden.

Partei und Regierungsbildung.

Halle a. d. S., 25. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Am Sonntag tagte in Eisenach eine Konferenz der Sozialdemokratischen Partei für die Unterbezirke Mansfeld und Sangerhausen. Zum Punkt „Politische Lage“ wurde folgende Resolution über die Regierungsbildung in Preußen angenommen: „Die am 24. April in Eisenach tagende Konferenz der SPD. für den Mansfelder und Sangerhäuser Kreis erblickt in der Stellungnahme der Sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtages zur Frage der Regierungsbildung die für die breiten Schichten der Hand- und Kopparbeiter einzig notwendige und vorteilhafte Lösung. Für die proletarische Bewegung ist damit eine klare Parole gegenüber der in allen bürgerlichen Parteien vorgehenden Reaktion gegeben. Die Einigung der gesamten sozialistisch denkenden Hand- und Kopparbeiter auf der Basis der Massenorganisation der SPD. soll und muß die treffende Antwort auf die arbeiterfeindliche Politik der gesamten bürgerlichen Parteien sein.“

Hallenfer Arbeiter bei Ebert.

Halle a. d. S., 25. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Eine Kommission, bestehend aus je zwei Vertretern der SPD. und USP. und dem Vorstand des Halleischen Gewerkschaftsvereins (Hesse-Schlimme), tritt heute mit dem Reichspräsidenten in Verhandlungen. Folgende Fragen sollen erörtert werden: Die Lage in Mitteldeutschland, Aufhebung der Verordnungen über die Sondergerichte, ferner die Folgen der Massenentlassungen sogenannter mißliebiger Arbeiter. Die Kommission wird nach ihrer Rückkehr in einer öffentlichen Halleischen Gewerkschaftsversammlung Bericht erstatten.

Die Sondergerichte.

Dresden, 25. April. (WIB.) Das Sondergericht in Dresden beschäftigte sich am Sonnabend abend mit den Sprengstoffattentaten gegen die Landgerichte zu Dresden und Freiberg. Der Betonarbeiter Karl Schulz, der den Dres-

immer lieber erfährt, ob Einstein verheiratet ist und ob Kaiserling nachmittags im Schrod spazieren geht, als daß es sich um die Lehren dieser Leute bekümmerte. Nicht der Inhalt macht ihm den Namen aus, sondern der vorhandene große Name erweckt sein Interesse.

Wo ist der pfiffige Kopf, der es zumege bringt, daß Hauptmann sich dazu hergibt, im Zirkus Drahtseil zu tanzen, Laster als Clown aufzutreten, Wolff als Pferdredresseur in der Manege zu kutschieren?

Des Besuchs aller Sensationsbegierigen, die nichts von Literatur, Schach und Darstellungskunst verstehen, könnte sein Unternehmen sicher sein, selbst wenn er die Preise bis 500 M. hinaufketteln ließe.

Ferdinand Hodler hat nun den Chronisten gefunden, der bei ihm die Stelle Schicks und Floerkes bei Böcklin vertritt, C. H. Bossli, der eine monumentale Veröffentlichung der besten Gemälde und Zeichnungen des Meisters (bei Kaiser) jetzt mit einem Textbande auf Grund der Erzählungen und künstlerischen Bekenntnisse des Meisters herausgibt. Es war bald nach 1900, so berichtet er da, als die Berner ihren alten schönen Rüstgürtel als Verkehrshindernis abbrechen wollten. Hodler protestierte mit Erfolg. In jenem Turm lebte nämlich zu Beginn der 1850er Jahre ein heiteres, langgestrobes Mädchen als Köchin der dort eingetiernten Unterhofs- und Straßengängen. Das Wasser, dessen sie für ihren Haushalt bedurfte, mußte sie am nahen Kellerbrunnen holen und verweilte gewöhnlich daran etwas länger als ihre Arbeit unbedingt erfordert hätte. Die lustige Köchin des Rüstgürtels traf nämlich dort ab und zu einen schweizerischen Schreinergehilfen, den Sohn eines „hablichen Bauers“ von Gurzelen im Festgau. Und Jungfer Reutomm lernte den Schreiner, obwohl er eben nicht heiteren Gemütes war, lieben. Sie heirateten, und am 14. März 1853 wurde ihnen der kleine Ferdinand geboren, der sich später als berühmter Maler so stürmisch für seine Geburtsstätte zur Wehr setzte. Drückend wie diese war seine Jugend. Sein Vater hatte Schwindsucht und war oft erwerbsunfähig. Die Mutter, immer vergnügt, sorgte für alle, auch in Chaur-de-Fonds, wohin sie übersiedelten, und wo der Vater 1858 starb. Die Mutter lehrte mit ihren vier Kleinen nach Bern zurück, ins Armenierel, und heiratete 1861 einen Witwer, den Flachmaler Schipbach. Als ich 15—16 Jahre alt war, so erzählt Hodler, starb meine Mutter plötzlich. Ihre Beerdigung mochte mir unaussprechlichen Eindruck. Wir waren arm, und die Beerdigung so dürftig wie möglich. Auf einem Karren wurde der rohe Sarg auf den Friedhof gefahren, und als Leichengänge trippelten wir Kinder allein hinterher. Dann kam ich zu Maler Sommer in Thun in die Lehre, der die Fremdenhelfen, die für die Besucher des Berner Oberlandes bestimmten Erinnerungsbildchen eingeführt und zu einem Erwerbsweg gemacht hat. Hodler entließ der Lehre, als ihm das Bemalen einer seidenen Fahne, bei der ihm besondere Sorgfalt befohlen war, mißglückte und fristete an kleinen Orten und dann in Genf mit Anstehenmalen seinen Unterhalt. Aber in Genf, wo er zuerst niemanden konnte und nicht einmal die Sprache verstand, fand er

dener Anschlag, und der Arbeiter Johann Franke, der den Anschlag in Freiberg verübte, wurden zu je 10 Jahren Zuchthaus, drei weitere Angeklagte zu 8 Monaten Gefängnis bis zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Hamburg, 23. April. (WIB.) In dem Prozeß gegen die Oestricher Kommunisten wurde heute nach mehrwöchigen Verhandlungen das Urteil gefällt. Die Vorgänge am 24. und 26. März in Oestrich waren im Anschluß an die Hamburger Unruhen entstanden. Sie waren nach dem Spruch des Gerichts ein hochverräterisches Unternehmen. Als Räubersführer wurde Tiger zu 3 Jahren und 5 Monaten, Kommo zu 2 Jahren und 3 Monaten, Zwick zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt. 39 weitere Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen von 9 Monaten bis zu 2 Jahren verurteilt.

Halle, 24. April. (TH.) Vor dem Halleischen Sondergericht begann am Sonnabend der Prozeß, der seine Ursache hat in der Aufdeckung des Stabsquartiers der Roten Armee in Mitteldeutschland, die am Ostertag in Halle erfolgt ist. Sofort nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen und auch den Pressevertretern wurde nicht gestattet, der Verhandlung beizuwohnen, weil dadurch die Sicherheit des Staates zu sehr gefährdet werden könnte. (7)

Ferry ermittelt.

Nach der Meldung eines Mittagsblattes ist der im Siegesäulenprozeß vielgenannte Ferry in Halle ermittelt worden als ein Mann, der unter dem Namen Häring seit dem 1. April im Halleenser Gefängnis sitzt. Häring bestreitet, ein Polizeimitglied zu sein, gebe aber seine Beteiligung am Siegesäulenattentat zu. Er wird nach Berlin gebracht werden und sich dort vor dem außerordentlichen Gericht zu verantworten haben. — Wir geben die Meldung unter allem Vorbehalt wieder. Die Tatsache, daß Ferry-Häring, gegen den von den übrigen Angeklagten abgeurteilt werden soll, während er sich seit dem 1. April in Haft befand, ist jedenfalls sehr auffällig.

Die Mitteilung von der Ermittlung Ferrys wird bei Reaktionshülse durch eine Meldung des WIB. bestätigt. Danach behauptet Ferry-Häring, zusammen mit einem gewissen Pieper das Siegesäulenattentat angeflist zu haben.

Demokratisch-antifemistische Verbrüderung.

Im Zirkus Busch hielt am Sonntag der neugegründete „Bund für Freiheit und Ordnung“ seine erste öffentliche Kundgebung ab, die das geräumige Lokal jedoch kaum zur Hälfte zu füllen vermochte. Der Verlauf der Kundgebung unterschied sich in nichts von irgendeiner antifemistisch-nationalistischen Radikalsammlung. Es hagelte Schmährufe gegen die Juden, Beschimpfungen der Republik, und bei der Erwähnung der verstorbenen Kaiserin veranstaltete die Versammlung eine begehrte monarchische Demonstration.

Das Charakteristische der Sache ist nur, daß all das auch passierte, während ein Redner der demokratischen Partei, Herr Rektor Kopsch, sprach. Das neue Gebilde stellt nämlich eine Verbrüderung auf der Basis des neuen Regierungsblocks im Reich und in Preußen dar. Die Einladung war unterzeichnet von Gelben Gewerkschaftlern, Deutschen Volksparteilern, Führern der Demokraten und des Zentrums (über die Mitgliedschaft der letztgenannten Partei quitierte die Versammlung durch häufige Psittucuse gegen Cragberger). Die Verbrüderung schien, nach den gehaltenen Reden, den besonderen Zweck zu haben, die sozialistische Stadtverordnetenmehrheit in Berlin zu kürzen. Aus diesem Grunde hatte Herr Kopsch, Vertreter des alten Kommunalfreimuts, sich der Reden verweigert. Aber es erging ihm wie dem Hunderteiler, der die gerufenen Geister nicht los wird. Die Demokraten und Zentrumsmitglieder hatten sich der Hilfe der Monarchisten bedienen wollen, aber in dieser Versammlung waren sie ihre ohnmächtigen Sklaven, die kein Wort sagen dürfen, daß dem extremsten antifemistischen Janhagel mißfiel.

Ein Vorspiel für die jegige Regierungsentwicklung in Preußen!

Eine Schrift Scheidemanns. Unter dem Titel „Papst, Kaiser und Sozialdemokratie in ihren Friedensbemühungen im Jahre 1917“ veröffentlicht Genosse Philipp Scheidemann in den nächsten Tagen eine Broschüre (Verlag für Sozialwissenschaft), die einen neuen Beitrag zur Erkenntnis der Friedensbemühungen jener Epoche und ihrer Durchkreuzung bietet.

dann seinen Künstler-Lehrer, B. Wenn. Und der Meister sagte: Leute, die sich nicht aus eigenen Kräfte durchreifen, sollen die Hände von der Kunst lassen. Denn irgendwo muß man eben die Freiheit des Künstlerberufs bezahlen.

Kunstausstellungen im Berliner Norden. Eine kleine Gruppe von Künstlern, die im Norden Berlins und in den nördlichen Vororten ansässig sind, hat sich zusammengeschlossen, um in der nördlichen näheren und weiteren Umgebung Berlins kleine Ausstellungen zu veranstalten. Da können die Besucher die Schwierigkeiten und Kosten einer Bahnfahrt sparen. Nicht zuletzt ist es aber die Absicht, das ungeübte Auge der in ländlicher Abgeschlossenheit Lebenden auf den Wert erstgemeint künstlerischer Arbeit hinzuweisen, im Gegensatz zu den Kunstwänden, in denen immer mehr geschickte Unternehmer fabrikmäßig hergestellte Waren dem unfindigen Publikum als Kunstzeugnisse aufdrängen. Die in der Nähe gelegenen Schulen sollen dann die Ausstellungen besichtigen. Die erste von ihnen findet in Frohna vom 1. bis 16. Mai im Direktionsgebäude am Bahnhofsplatz statt und soll in bescheidenem Rahmen Gemälde, Plastik, Graphik und Kunstgewerbe zeigen.

Georg Kaisers „Das“ (2. Teil) wurde am Sonntagvormittag von Alfred Weiler, rühmlichst bekannt aus Strindberg-Vorlesungen, vorgelesen. Die Sprache gibt an Wucht dem ersten Teil nichts nach. Eine unerbörte Konzentriertheit, die den Dialog etwas scharf zuspitzt. Was Sternheim für die Komödie, ist Kaiser für das Drama. Die soziale Dichtung kannte die Apotheose der Arbeit. Georg Kaiser kennt sie nicht. Die soziale Dichtung schuf in demühtem Wollen Tendenz. Kaiser lehnt dies ab. Seine Personen, Großingenieur, Milliardärssohn, Blausfiguren, Selbstfiguren, sind nicht Verkörperer bestimmter Berufe, sondern sie sind Träger einer Idee, symbolisch alle. Gewaltig ist der erste Akt in seiner Zusammenfassung der Gegensätze. Diese Höhe bleibt nicht erreicht, wenigstens die große Auseinandersetzung zwischen dem bultenden Milliardärssohn und dem anklagenden Großingenieur im dritten Akt den Höhepunkt bedeutet. wp.

Eine Zentrale Deutscher Volksspiellust-Verbände wurde am 25. März 1921 in Berlin gegründet. Aus dieser gegründeten Zentrale II. die untauglichen Wochenschulen vieler Theatervereine aufzuklären und von Grund aus eine gesunde Volksspielkunst in den Vereinen zu pflegen, ist die Zentrale in Hamburg aufzusehen.

Polos Tibanyi veranstaltet in der Galerie Müller eine Ausstellung seiner Gemälde und Zeichnungen. Bisher dieser Kollektion sind graphische Publikationen des Ferdinand-Müller-Berlins, sowie Werke von Kurt Herrmann und Julius Pascin angeschlossen.

Expresionistische Dichtungen von August Stramm werden am Mittwoch, den 27. April in der Kunstausstellung „Der Sturm“, Postdamer Straße 134a, von Rudolf Blümler vorgelesen. Derartige Walden spielt die Klavierbegleitung seiner neuen Symphonie.

Waltheater. Am Sonntag, den 1. Mai, nachmittags 3 Uhr und abends 8 Uhr, finden die ersten beiden öffentlichen Vorlesungen von „Abgibt auf Lauris“ statt — veranstaltet vom Verband freier Bühnenkünstler der Genossenschaft F. V. K. — von Engagementslosen — für Engagementlose und bitten wir die Verantwortlichen, rechtzeitig die Karten abholen zu lassen.

Der Fall Müller-Brandenburg.

In unserem Thüringer Parteiblatt "Das Volk" ergreift Genosse H. Leber, Mitglied des Thüringischen Landtages, das Wort zugunsten des Polizeimajors Müller-Brandenburg, gegen den die Reichsregierung ein Untersuchungsverfahren unter gleichzeitiger Beweisaufhebung eingeleitet hat. Nach der Darstellung des Genossen Leber handelt es sich um Mischgeschäften und Denunziationen reaktionärer Spitzel, die zwar nicht bei der thüringischen Landesregierung, aber im Ministerium des demokratischen Herrn Koch sofort vollen Glauben gefunden haben. Genosse Leber bezeichnet die Denunziationen als glatte Erfindung, ausgenommen von reaktionären Kreisen, um den republikanischen Vetter der thüringischen Polizei auf alle Fälle zu besitzeln. Sehr verdächtig ist, daß der von der Reichsregierung mit der Untersuchung beauftragte Oberregierungsrat Wagner sich nach der Darstellung des Genossen Leber Mitgliedern der thüringischen Regierung mit folgenden Worten vorstellte:

Meine Herren, Sie müßten doch einsehen, daß man darauf hinarbeiten muß, daß in Deutschland die Monarchie baldigst wiederhergestellt werden kann.

Dieser Herr dürfte wohl die ungeeignetste Person sein, um gegen einen von reaktionären Kreisen angeschuldigten republikanischen Beamten objektiv die Untersuchung leiten zu können. Der Angeeschuldigte selbst veröffentlicht folgende Erklärung:

Die Treibereien gewisser Kreise im Lande gegen mich haben das Reich auf den Plan gerufen. Das Reich hat gegen mich eine Untersuchung wegen Staatsgefährlicher Umtriebe eingeleitet. Um dieser Untersuchung den Lauf zu lassen, habe ich auf Anraten des Ministers Brandenstein Urlaub bis zum Abschluß der Untersuchung genommen. Da ich ein reines Gewissen habe, habe ich gar keine Berührung mit Rücktrittsgedanken zu beabsichtigen.

Wir verlangen auf jeden Fall, ohne dem Ergebnis der Untersuchung vorgurufen, daß diese von einwandfreien Beamten geführt und nicht in die Hände offensichtlich politischer Gegner des Angeeschuldigten gelegt wird, die sich offen als Feinde der Republik bekennen. Wir verlangen ferner in Uebereinstimmung mit unserer thüringischen Parteipresse, daß den Angeeschuldigten alle Garantien ordnungsmäßiger Verteidigung gegeben, und daß namentlich die Denunziationen daraufhin geprüft werden, wie weit sie von dem Bestreben diktiert waren, einen republikanischen Beamten unter Anwendung jedes Mittels zu besitzeln.

Die Einkommensteuererklärung.

Im Steuerausfluß des Reichstages fand heute auf Vorschlag Dr. Helfferichs (D. Nat.) zunächst eine Besprechung verschiedener Fragen der Einkommensteuererklärung statt. Da über die durch die Novelle zum Einkommensteuergesetz herbeigeführten Änderungen in den Kreisen der Steuerpflichtigen noch große Unkenntnis herrscht, da ferner das Steuererklärungsformular auf dem unabgeänderten Gesetz beruht, und die Änderungen erst noch durch ein Reichsblatt erläutert werden sollen, wurde trotz der Bedenken des Staatssekretärs Zapf von mehreren Seiten die Verlängerung der Frist für die Abgabe der Steuererklärung um ein bis zwei Wochen gewünscht.

Abg. Keil (Soz.) verlangte eine Anweisung der Finanzämter in dem Sinne, daß der Aufwand für die besonderen Arbeitskleider einzelner Berufe als Werbungskosten abzugsfähig sei. Obgleich der Ausschussbericht der Nationalversammlung hierüber keinen Zweifel lasse, bereiteten zahlreiche Finanzämter Schwierigkeiten. Ebenso selbstverständlich sei, daß der Aufwand für Werkzeuge und Geräte, die der Arbeiter selbst stelle, abgezogen werden könne. In Uebereinstimmung mit dem Abgeordneten Dr. Herz (U. Soz.) beantragte Keil auch die einseitige Zusammenziehung der Steuerausflüsse. Die Nichtberücksichtigung der Lohn- und Gehaltsempfänger stehe im Widerspruch mit den Bestimmungen der Reichsabgabenordnung. Die Weiterberatung wurde auf Mittwoch vertagt.

Gemeinderatswahlen in Belgien.

Brüssel, 25. April. (Agence Belge.) Gestern fanden im ganzen Lande die Neuwahlen zu den Gemeinderäten statt. Bei den Wahlen, die auf der Grundlage des allgemeinen Stimmrechts und nach dem Proporzwahlrecht vor sich gingen, genossen die Frauen zum ersten Mal aktives und passives Wahlrecht. Es ist sehr schwer, die Tragweite der Wahlen zu übersehen. In den großen Gemeinden wie Brüssel, Antwerpen und Gent scheint der Vorstoß der Katholiken besonders stark zu sein. Die Sozialisten scheinen in Antwerpen und Gent ernstlich zurückgedrängt zu sein, dagegen behaupten sie sich in den Industriegebieten. In der Stadt Brüssel war die Zahl der Wählerinnen bedeutend größer als die der Wähler.

Groß-Berlin

An Stegerwald

(Zwei nach Eichendorff.)

Wer hat Dich, o Stegerwald,
So hoch hinaufgehoben?
Woher das Rentum ist zu leben,
Aber hat die Sache halt?
Lebe wohl, lebe wohl,
Herr Stegerwald!

Tief das Parlament erschallt,
Oben drehen Minister Whrasen.
Wann wird Dir der Marsch geblasen,
Dah es tausendfach verhallt:
Lebe wohl, lebe wohl,
Herr Stegerwald!

Was wir still gelobt im Wald,
Wollen's draußen ehlich halten.
Dichteten naiv die Alten,
Heut befreit man es halt!
Lebe wohl, aber halt
Herr Stegerwald!

Rich. von Lindenberg.

Der Dieb im Schrank.

Testnahme des Freundes der „Lebenden Puppe“.

Eine merkwürdige Entdeckung machten am Sonnabend die Angestellten eines Warenhauses, als sie einen Schrank öffneten. Außer den Sachen, die sie darin suchten, fanden sie auch einen Mann, der sich zunächst ganz still und regungslos verhielt, dann aber doch lebendig wurde. Es war ein Dieb, der sich versteckt hatte, um zu geeigneter Zeit einen Beirück durch das Haus zu unternehmen. Man übergab ihn deshalb der Kriminalpolizei. Diese stellte den

Ramen, den er sich im Warenhause beigelegt hatte, als falsch fest und entlarvte den Erstappten als einen Spanier Pou y Serra, einen alten Bekannten, den sie schon einmal mit der „Lebenden Puppe“ zusammen hinter Schloß und Riegel gebracht hatte. Diese „Lebende Puppe“ war eine unerbittliche Warenhausdiebin Frida Jachmann. Sie hatte vor zwei Jahren in einem Warenhause, in dem sie sich hatte einschließen lassen, das Unglück, sich am Ende ihres nächtlichen Rundganges den Fuß so schwer zu verstauchen, daß sie nicht mehr gehen konnte. Der Spanier, dem sie vorher alle möglichen Beustände aus dem Fenster zugeworfen hatte, konnte ihr nicht helfen, weil er nicht in das Haus hineingelangen konnte. Um nun nicht am nächsten Morgen entbitt zu werden, schleppte sich die Diebin nach einem Raume, in dem die Kleiderpuppen standen. Hier setzte sie sich mitten unter die Puppen und spielte selbst die Puppe. Die Schmerzen in dem verstauchten Fuße, der immer stärker anschwellte, wurden jedoch so heftig, daß sie ein Stöhnen nicht mehr unterdrücken konnte und nach vier Tagen und Nächten wurde sie unter den toten Gestalten entdeckt. Sie hatte sich, um den Hunger zu stillen, zur Nachtzeit mit der größten Mühe nach dem Lebensmittelraum und dann in ihr Bett zurückgeschleppt und dadurch selbst bewirkt, daß das Leiden immer schlimmer wurde. Jetzt mußte sie zunächst nach der Charité gebracht werden. Nach der Heilung wurde die Unverbesserliche zu einer langen Gefängnisstrafe verurteilt, die sie jetzt noch verbüßt. Inzwischen hat ihr Geliebter, der Spanier Pou y Serra, seine Freiheit bereits wiedererlangt. Er ging jetzt allein auf den Diebstahl aus und verfuhrte bei der Entdeckung im Schrank im ersten Augenblick die „Lebende Puppe“ nachzuahmen, allerdings ohne den gewünschten Erfolg.

Aus dem Fenster geworfen.

Auf dem Grundstück Linsenstraße 35 spielte sich in der Nacht von Sonnabend zum Sonntag ein müßiger Auftritt ab. Drei dort vorübergehend wohnende, aus Warschau kommende Russen Josef Rewen, Bodislaw Ramon und Stefan Rigersti, junge Burschen von 20 und 22 Jahren, waren aus noch nicht bekannten Gründen in Streit geraten. Dabei wurde auch zum Messer gegriffen und das Ende war, daß Rigersti plötzlich aus dem Fenster des ersten Stockwerks auf die Straße hinausflog. Dort blieb er in einer großen Blutlache benutzungslos liegen. Ein hinzugerufener Arzt stellte fest, daß er außer Verletzungen durch den Sturz eine Stichwunde am Bauch hatte. Rigersti wurde nach dem Krankenhaus gebracht. Seine beiden Landsleute wurden verhaftet.

Nicht los von Berlin!

Eine empfindliche Niederlage erlitten die Anhänger der Bewegung Groß-Berlin in Bannsee. Vor kurzem fand dort eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Landtagsabgeordneter Gustav Heller über die Bewegung „Los von Berlin“ sprach. In seinem einstündigen Referat behandelte er die Entstehung und die wirtschaftliche Bedeutung des Gesehes Groß-Berlin und ging dann auf die Bestrebungen der Willensbesitzer aller westlichen Vororte ein, die zunächst eine Abänderung des Gesehes in ihrem Sinne herbeizuführen versuchen, um alsdann auf die Zerstückelung der Einheitsgemeinde hinzuwirken. Diesen Machinationen, deren Triebfeder die bekannte Steuerflucht der Besitzenden ist, werde sich die Arbeiterschaft trotztwillig entgegenstellen. Diese Bestrebungen seien um so mehr zu verurteilen, als die Mehrzahl der Bevölkerung mit dem Gesehe Groß-Berlin einverstanden ist. Die sozialdemokratischen Vertreter im Landtage werden dem Antrage Abhilfe und Genossen mit allen Mitteln entgegenarbeiten. Eine Entschließung, die die Ausführungen des Referenten zusammenfaßt, wurde einstimmig angenommen. Nach Schluß dieser Versammlung begaben sich die Teilnehmer zu einer von den Deutschnationalen und den Volksparteikern in der Deutschen Eiche einberufenen Versammlung, die sich mit dem gleichen Thema beschäftigte. Der Hauptreferent, Landtagsabg. Haseloff, war nicht erschienen und Genosse Heller erhielt als Gast das Wort. Er geisterte in sehr wirkungsvollen Worten die Bestrebungen und trotz insbesondere dem Geheimrat Hamann entgegen, der vor einigen Tagen in einer Zehntausender Versammlung behauptet hatte, daß der größte Dugus gerade von den Arbeitern getrieben werde und daß gerade diese die königlichen Besucher der Weinstuben und Inhaber der teuersten Plätze in den Theatern seien. Der Angegriffene bestritt zwar in seinem Schlusswort, eine derartige Behöhnung der Arbeiterschaft ausgesprochen zu haben. Er konnte jedoch gegen die zahlreichen Zeugen, die diese Behöhnung gehört hatten, nicht aufkommen. Der Versammlungsleiter, Gemeindefresekretär Zimmermann, stand der sehr erregten Aussprache zwischen Referenten und Versammlungsteilnehmern anscheinend ratlos gegenüber, denn er schloß die Versammlung kurzerhand, ohne die vorliegende Resolution zur Abstimmung zu bringen. Die Verfechter der „Los-von-Berlin-Bewegung“ haben also gerade in Bannsee, dem Herde dieses Treibens, am Donnerstag eine vernichtende Niederlage erlitten.

Der Lustmordanschlag am Freibad Wannsee beschäftigte auch am gestrigen Sonntag unausgesetzt die Kriminalpolizei. Außer den Berliner Beamten sind die dort stationierten Kriminalbeamten ständig unterwegs, um in der Gegend des Vorfalles Ermittlungen anzustellen, ebenso in Potsdam. Von verschiedenen Personen, die angehalten wurden, wird das Alibi zurzeit noch nachgeprüft. Fest steht, daß es sich um ein aus sadistischen Reigungen heraus begangenes Verbrechen handelt. Auch das Berliner Sonntagspublikum bezeugte dem größten Vorfalle kein Interesse, denn man konnte in der Nähe des Tatortes eine Renne Ausflüßler beobachten, die sich in erregten Gruppen über den Vorfall unterhielten.

Mit dem Auto in die Grube. Auf der Heimfahrt von der Mariendorfer Rennbahn erlitt ein junges Paar am Sonntagabend einen gefährlichen Unfall. An der Ecke der Bellealliancestraße und Gneissenaufstraße geriet das Auto mit einem Rade in eine der Ausschachtungen, die bei den dort vorgenommenen Unterarbeiten zum Bau der Nord-Südbahn ausgeworfen sind, und stürzte mehrere Meter tief. Der Chauffeur konnte sich noch im letzten Augenblick durch Abpringen retten; die beiden Insassen erlitten jedoch Verletzungen und wurden nach dem Krankenhaus am Urban gebracht, wo sie nach Anlegung von Rotverbänden nach der Wohnstadt entlassen werden konnten. Die Feuerwehr mußte in mühsamer Arbeit den verunglückten Wagen wieder aus der Grube holen.

Das Reichspostmuseum ist wegen innerer Arbeiten vom 22. bis einschließlich 28. April geschlossen.

Der Vortrag des Gen. Hugo Schulz über die materialistische Geschichtsauffassung im Jugendheim, Lindenstr. 3, kann heute nicht stattfinden.

Dr. Walter Rathenau wird Mittwoch, den 27. April, abends 8 Uhr im Rahmen des Wirtschaftspolitischen Abendkurses der Deutschen Hochschule für Politik über das Thema: „Der Höhepunkt der kapitalistischen Epoche“ sprechen. Der Vortrag findet in der Universitäts-Hörsaal 122 statt, wobei an der Abendkasse Eintrittskarten zum Preise von 2 Mark erhältlich sind.

Groß-Berliner Parteinaechrichten.

1. u. 6. Mtg. Frauenabend heute abend 7 1/2 Uhr bei Reuter, Vogelberger Str. 30a. Vortrag über: „Die politische Lage“, Gen. Liebig.
20. Bezirk, 20. Kreis Reichshausdorf. Morgen Dienstag nachmittags 2 Uhr im Rathaus zu Wilmsen: Freitagsversammlung.
27. Mtg. Schöneberg. Morgen abend 8 Uhr im Zehnhäuser der Communis-Schule, Franzstr. 10: Abteilungsversammlung. Vortrag des Genossen Stadtrat Weis über Wohlfahrtsfrage „Bismarck“-Fest als Höhe willkommen.
129. Mtg. Tegel. Abends 7 1/2 Uhr: Frauenabend im Jugendheim, Bahnhofsstraße 15. Thema: Entschuldigungsmaßnahmen im Volkshaute. Referentin: Genossin Todinhagen.
21. Mtg. Morgen, Dienstag, Wohlfahrtskursus bei Deibel, Oberstraße 11. Referentin: Genossin Dehnbach-Wohndorf.
Pankow, 128. u. 129. Mtg. Dienstag, abends 7 1/2 Uhr bei Engel, Mühlentstraße 45. Städtische Gruppenleiter und Ordner zur Wahlzeit müssen bestimmt sein.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Volksgemeinschaftsverein Groß-Berlin. Charlottenburg, Dienstag, den 26. April, abends 7 Uhr, im Kaiser-Friedrich-Park, Berliner Str. 88: Wohlfahrtsversammlung. Tagesordnung: Bericht von der Generalversammlung. Besprechung wegen Festlegung des Kreisprogramms. Wichtige verschiedene Angelegenheiten. — Stenographischer Verein. Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Rathaus für Damen und Herren. Dienstag 7 1/2—9 1/2 Uhr 120. Generalbeschluss, Gortmitz 107a.

Sport.

Kodrennen auf der Olympiabahn. Das Hauptereignis, der Deutsche Volkspreis, ein Dauerrennen in zwei Läufen über je 50 Kilometer, verlief recht eintönig. Semanow gewann beide Läufe kampflos vom Start bis durchs Ziel. Aber auch Thomas und Wittig fuhren ein ganz hervorragendes Rennen; Weich und Kruplat dagegen verlagten völlig. Interessanter und spannender verliefen die Fliegerrennen. Abgesehen von den überlegenen Stepan Stabes kam es zu schönen Kämpfen um die nächsten Plätze. Im langen Prämiensfahren wurde Semanow — bar Stabes Führung — von Hoffmann für den zweiten Platz abgefertigt. Im Zweifelfahren blieb Semanow (ohne Stabe) mit Wegener als Partner dann schon im Vorlauf stehen.

Ergebnisse: Deutscher Volkspreis, 1. Lauf über 50 Kilometer: 1. Semanow 40 Min. 27. Sek., 2. Thomas 40, 3. Wittig 250, 4. Weich 3860, 5. Kruplat 10.600 Meter zurück. — 2. Lauf, 50 Kilometer: 1. Semanow 40 Min. 27. Sek., 2. Thomas 20, 3. Wittig 520, 4. Weich 4000, 5. Kruplat 8680 Meter zurück. — Gesamtergebnis: 1. Semanow 100 Kilometer, 2. Thomas 99.940 Kilometer, 3. Wittig 99.200 Kilometer, 4. Weich 91.160 Kilometer, 5. Kruplat 80.730 Kilometer. — Haltenpreis, 25 Runden 1. Stabe 14 Min. 56 Sek., 2. Hoffmann, 3. Semanow, 4. Schöder, 5. Hiepel, 6. Schulz. — Vorgabefahren, 3 Runden: 1. Stabe (9), 2. Schöder (15), 3. Stolz (25), 4. Schulz (40), 5. Henisch (50 Meter Vorgabe). — Adler-Preis, Zweifelfahren über 5 Runden: 1. Andewiel-Lahn, 2. Wägnner-Schöder, 3. Petri-Kralner, 4. Hoffmann-Abraham, 5. Preiswaid-Linsener. — Entschuldigungsfahren, 2 Runden: 1. Wegener, 2. Amort, 3. Remdebafer, 4. Litz, 6. Kopf.

Gewerkschaftsbewegung

Für das neue Ueberschichtenabkommen.

Die vom Bergarbeiterverband unter seinen Mitgliedern veranstaltete Urabstimmung über das neue Lohn- und Ueberschichtenabkommen vom 13. d. Ms. hat, soweit sich bisher übersehen läßt, eine Mehrheit für die Annahme ergeben. Die Beteiligung war, wie die Deua aus Bochum meldet, stellenweise sehr rege. In manchen Orten fanden gestern morgen noch Versammlungen statt, in denen das Für und Wider lebhaft besprochen wurde. Die Abstimmung, an der sich auch die Metallarbeiter, Heizer, Maschinisten, Holz-, Bau- und Fabrikarbeiter auf den Zeichen beteiligten, wurde gestern nachmittag von 2 bis 6 Uhr vorgenommen. Der Zeichenverband erklärte, daß er auf keinen Fall über die gemachten Zugeständnisse, die dem Bergbau eine Mehrbelastung von rund einer Milliarde Mark jährlich auferlegen, hinausgehen könne.

Neuer Tarif für Brauereiarbeiter.

Im Auftrage der in den Mühlen, Spiritreinerungs- und Bremeispiritusanstalten und den Brauereien Groß-Berlins Beschäftigten hat der Brauerei- und Mühlenarbeiterverband, als Spitzenorganisation, die bestehenden Tarifverträge gekündigt und neue Lohnforderungen an die in Frage kommenden Arbeitgeberorganisationen eingereicht. Nach langwierigen Verhandlungen ist es nun zu einem neuen Abluß gekommen und hat das Ergebnis der Verhandlungen die Zustimmung der Kollegen gefunden. Wie in früheren Jahren, so wurde auch jetzt von den daran Beteiligten Wert darauf gelegt, die Unterschiede zwischen den Löhnen der einzelnen Kategorien nicht zu groß werden zu lassen. Wie aus nachfolgendem ersichtlich, ist es bei der früher bestandenen Differenzierung geblieben, trotzdem der Versuch gemacht wurde, hierin Breche zu legen.

Die Mühlenarbeiter haben allgemein die Woche 20 M. zugelegt erhalten. Für die Frauen konnte leider nicht mehr wie 5 M. Erhöhung erzielt werden. Der Sachdespruch des Schlichtungsausschusses hielt eine höhere Entlohnung in diesem Falle für nicht angebracht. Der wöchentliche Mindestlohn rückwirkend ab 16. März 1921, beträgt nun für Kutscher, Müller, Sackträger, Maschinisten, Handwerker aller Art, Sacker und Walzenarbeiter 290 M., alle anderen männlichen Arbeitnehmer fallen unter die Angelernten und erhalten 280 M., Frauen 190 M., Manteltarif bis zum 1. April 1922. Lohnabkommen kündbar am 15. Juli 1921.

Für die in den Spiritreinerungsanstalten und der Abteilung Brennspiritus Beschäftigten beträgt der Lohn, ebenfalls rückwirkend ab 16. März 1921, für Handwerker aller Art, Maschinisten, Heizer, Apparateführer und Kraftwagenfahrer die Woche 310 M., für Loager- und Hfparbeiter, Wächter, Portiers, Stollente und Kutscher 300 M. Die Frauen erhalten einen Lohn von 200 M. Ferner sind eine ganze Reihe von Bestimmungen zum Schutze für das Fahrpersonal getroffen. Die Lohnzulage beträgt, im Durchschnitt gerechnet, für alle Arbeitnehmer einschl. der Frauen wöchentlich 35 M. Bei einem Teil ist es noch mehr, und kommen hierzu Lohnherhöhungen von 35 bis 45 M. in Betracht. Lohnabkommen erstmalig wieder kündbar am 31. Mai 1921.

Für die Brauereiarbeiter tritt ebenfalls, und zwar rückwirkend ab 1. April 1921, eine allgemeine Lohnherhöhung von 25 M. die Woche in Geltung. Demnach erhalten Handwerker aller Art einschl. Maschinisten, Heizer und Fahrpersonal 310 M. und alle anderen Arbeitnehmer 305 M. Den Verhältnissen der allgemeinen Zulage entsprechend wird den Frauen ebenfalls der Lohn ausbessert werden.

In Punkt § 616, Zuschußzahlung bei Erkrankung der Arbeiter, Urlaub usw., sind ebenfalls in allen Gruppen tarifliche Vereinbarungen getroffen, die in einigen Teilen noch Verbesserungen gefunden haben. Manteltarifdauer für die Brauereiarbeiter 2 Jahre, Lohnabkommen erstmalig kündbar sechs Wochen vor Quartalsende.

Generalfreik in Italien? — Gegen den Faschistenterror.

Innsbruck, 25. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In Bogen hat gestern ein feierlicher Umzug der deutschen Bayern aus der Umgebung stattgefunden aus Anlaß der Messe, die in Bogen veranstaltet wird. Zu diesem Umzug hatten die Faschisten aus Verona Delegierte entsandt, die mit Knäppeln und Revolvern bewaffnet waren und während des Umzuges die deutschen Bayern überfielen. Die wehrlosen Ueberfallenen setzten sich gegen die Menge der Angreifer zur Wehr. Es kam zu einem erbärmlichen Gemetzel, bei dem über 40 deutsche Bayern verletzt und ein Oberlehrer getötet wurden. In Innsbruck hat bereits eine große Kundgebung gegen diese Vorgänge stattgefunden.

Wie weiter aus Bogen gemeldet wird, befinde sich morgen in ganz Italien der Generalfreik. Die Eisenbahnen stellen schon heute abend den Verkehr ein. Auch Südtirol schließt sich dem Generalfreik an. Die Hauptursache ist der Protest gegen die schwächliche Haltung der Regierung gegenüber dem terroristischen Vorgehen der Faschisten.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Versammlung der Berufsgruppe Buchhändlerbesitzer im Rathaus, Danks. 2. Dienstag 7 Uhr.

Herunter für den Reichs-Kreis: Dr. Werner Feiler, Charlottenburg; für Rosenheim: Dr. Meier, Berlin; Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermann-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin; Umschlag: 2.

